

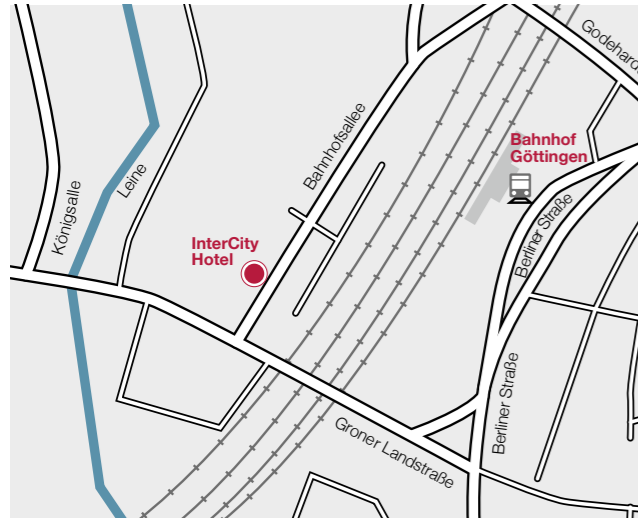
Anmeldung

Das Anmeldeformular finden Sie online unter www.bpb.de/fortbildung-polizei

Bitte melden Sie sich spätestens bis zum **1. Juni 2017** an. Die Teilnehmeranzahl ist begrenzt. **Die Teilnahme an allen vier Modulen ist verbindlich und nur mit Übernachtung möglich.** Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn Sie von der Veranstalterin eine Teilnahmezusage erhalten haben. Für die Fortbildung wird eine Teilnahmegebühr in Höhe von 100,- Euro erhoben (inklusive Übernachtung und Verpflegung). Reisekosten können nicht erstattet werden. Kosten für die Stornierung der Hotelunterbringung, die durch eine Absage bzw. Nichtanreise entstehen, müssen wir Ihnen leider in voller Höhe in Rechnung stellen. Die Rückerstattung der Teilnahmegebühr ist nicht möglich. Die Teilnahmegebühr wird jedoch auf die Kosten für die Stornierung der Hotelunterbringung angerechnet.

Der bpb ist die Inklusivität ihrer Veranstaltungen wichtig. Wir achten in den Vorträgen auf deutliche Darstellungen und Präsentationen. Bitte teilen Sie uns daher mit, falls im Rahmen der Veranstaltungsorganisation besondere Bedürfnisse, beispielsweise durch eine eingeschränkte Mobilität oder Behinderungen, zu berücksichtigen sind und ob Sie Unterstützung in Anspruch nehmen wollen. Ihre Angaben behandeln wir selbstverständlich vertraulich.

Anfahrt



Organisation

Termine

29. Juni–1. Juli 2017
28.–30. September 2017
9.–11. November 2017
7.–9. Dezember 2017
jeweils Donnerstag 12.00 Uhr bis Samstag 13.30 Uhr

Veranstaltungsort

InterCity Hotel
Bahnhofsallee 1a
37081 Göttingen
Tel. +49 (0)551 52110

Für

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder in unterschiedlichen Verwendungen: Beamtinnen und Beamte des Wach- und Wechseldienstes, der Bereitschaftspolizeien sowie der Kriminalpolizei

Veranstalter

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Projektstelle gegen Rechtsextremismus am Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad
Markgrafenstraße 34
95680 Bad Alexandersbad

Bundesverband Mobile Beratung e. V.
Bautzener Str. 45
01099 Dresden

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Hanne Wurzel
hanne.wurzel@bpb.bund.de
Tel. +49 (0)228 99515-0



Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog

Modulare Fortbildung

29. Juni–1. Juli 2017, 28.–30. September 2017,
9.–11. November 2017, 7.–9. Dezember 2017
InterCity Hotel Göttingen



Editorial

Die gesellschaftlichen und politischen Polarisierungen der jüngsten Zeit haben vielschichtige Konfliktlinien hervorgebracht. Sie zeigen sich etwa in den kontroversen Debatten um die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten in der Bundesrepublik und in den zunehmend polemisch geführten Auseinandersetzungen über eine angebliche „Islamisierung“ Europas. Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen, Demonstrationen oder soziale Netzwerke: Die Schauplätze und Anlässe, aber auch Ausdrucksformen, um den unterschiedlichen Positionen Gehör zu verschaffen, sind vielfältig.

In diesem Zusammenhang rückt die Polizei häufig in den Mittelpunkt sehr unterschiedlicher Erwartungshaltungen, die ihrerseits wieder zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden. Denn obgleich die Polizei großes gesellschaftliches Ansehen genießt, entzündet sich an polizeilichen Praktiken immer wieder Kritik. Zu Kontroversen und nicht selten vollkommen gegenläufigen Bewertungen kommt es beispielsweise im Kontext von neonazistischen Aufmärschen oder den von „Pegida“ organisierten „Abendspaziergängen“. Einerseits weist die Polizei bei diesen Gelegenheiten auf das aus ihrer Sicht rechtswidrige Verhalten von Engagierten hin, die etwa durch Sitzblockaden versuchen, angemeldete Versammlungen zu behindern und damit polizeiliches Einschreiten notwendig machen würden. Andererseits sehen sich eben jene Protestierenden durch die polizeilichen Maßnahmen in ungerechtfertigter Weise beeinträchtigt oder sogar kriminalisiert.

Perspektivwechsel ermöglichen – Wissen erweitern

Mit der Modularen Fortbildung soll ein „geschützter Raum“ geschaffen werden, in dem sich Polizistinnen und Polizisten sowie Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft in insgesamt vier aufeinanderfolgenden zweieinhalbtagigen Veranstaltungen in einem strukturierten und moderierten Rahmen austauschen können.

Die Modulare Fortbildung bietet dreierlei: den Rahmen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, die eigene Perspektive zu hinterfragen und eigenes Wissen zu erweitern.

Grundlegend soll mit der Reihe ein Dialogformat erprobt werden, das auch in lokalen und regionalen Kontexten dazu beitragen kann, eine zivile Austragung gesellschaftlicher Konflikte zu fördern.

„Recht“ gegen „Moral“? Polizei und Zivilgesellschaft – ein oftmals schwieriges Verhältnis

Hier stehen sich die Prinzipien der „Legalität“ und der „Legitimität“ politischen Engagements gegenüber. Zudem beklagen sowohl Polizei als auch zivilgesellschaftliche Akteure bei vielen Anlässen eine in ihrer Wahrnehmung steigende wechselseitige Gewaltbereitschaft. Das Verhältnis zwischen Polizei und Zivilgesellschaft ist somit ein „Politikum“ und daher auch eine Herausforderung für die politische Bildung.

Die Sichtweisen, mit denen Polizistinnen und Polizisten sowie an demokratischen Protesten Beteiligte aufeinander blicken, sind häufig von Unkenntnis über die jeweiligen Motive und Handlungslogiken, aber auch durch verfestigte Ressentiments gekennzeichnet. In konflikthafter, aufgeheizten Situationen, etwa bei Demonstrationen, erscheint es nur schwer möglich, unterschiedliche Wahrnehmungen zu hinterfragen, konstruktiv zu diskutieren und sich auf gegenläufige Perspektiven einzulassen. Gleichwohl wird jenseits dieser konfrontativen Konstellationen sowohl von Polizistinnen und Polizisten als auch von Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft immer wieder das Interesse artikuliert, mit der jeweils anderen Seite in einen Dialog zu treten.

Wer ist eigentlich „die Polizei“?

Die Teilnehmenden aus dem Bereich der Zivilgesellschaft erhalten durch diese Seminarmodule die Gelegenheit, Polizistinnen und Polizisten außerhalb des Einsatzgeschehens kennenzulernen.

1. Ein Lernziel besteht darin, die Vielfalt in der scheinbar so homogenen Institution „Polizei“ wahrzunehmen und mehr über die Grundlagen des Polizeihandelns zu erfahren. Der Informationszuwinn bezieht sich dabei auf:
 - strukturelle Aspekte, wie Tätigkeitsbereiche und Aufgaben einzelner polizeilicher Dienststellen,
 - soziologische Aspekte, wie Polizei- und Polizistenkulturen und
 - persönliche Gesichtspunkte, wie sie beispielsweise in unterschiedlichen Haltungen und Einstellungsmustern zum Ausdruck kommen.
2. Die Teilnehmenden werden sich mit rechtsstaatlichen Grundlagen polizeilichen Handelns auseinandersetzen, die Beamtinnen und Beamte bisweilen auch in Dilemmata führen können. So müssen sie beispielsweise durch ihren Einsatz bei Kundgebungen von extremen Rechten die Grundrechte derjenigen schützen, die die Grundrechte abschaffen wollen.

3. Grundlegende Fragen, ob und zu welchen Anlässen die Begriffe „Legitimität“ und „Legalität“ oder „Moral“ und „Recht“ miteinander in Konflikt geraten können, sollen diskutiert werden. Durch das Angebot eines Perspektivwechsels lernen Menschen aus der Zivilgesellschaft die handlungsleitenden Prinzipien für Polizistinnen und Polizisten kennen.

Dieser Perspektivwechsel und das Kennenlernen der vielschichtigen Herausforderungen polizeilichen Handelns sind Kernstücke des Lernens auf zivilgesellschaftlicher Seite.

4. Die Teilnehmenden aus der Zivilgesellschaft erhalten durch die Fortbildung Argumentationshilfen für die Deeskalation von Konfliktsituationen im Demonstrationsgeschehen.

Vielfalt zivilgesellschaftlicher Sichtweisen kennenlernen

Die an der Fortbildung teilnehmenden Polizistinnen und Polizisten erhalten wiederum die Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Sichtweisen auf polizeiliches Handeln kennenzulernen und sich mit diesen Perspektiven auseinanderzusetzen. Dabei soll deutlich werden, dass auch die Zivilgesellschaft nicht homogen ist, weder in ihren Zielen und Wahrnehmungen noch im Hinblick auf die an die Polizei gerichteten Ansprüche und Erwartungshaltungen.

1. Ein Lernziel besteht somit darin, die Vielfalt gesellschaftlicher Diskurse und ihrer Akteurinnen und Akteure aufzuzeigen.
2. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Polarisierungen wird eine vertiefende Auseinandersetzung mit einzelnen, von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren immer wieder kritisch diskutierten Themenfeldern und Begriffen angeregt. Was ist etwa gemeint,

wenn von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ die Rede ist? Warum wird von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren häufig ein angeblicher „Rassismus in der Mitte der Gesellschaft“ kritisiert? Kenntnisse über die Argumentationsmuster sowie die Perspektiven, die diesen Vorwürfen zugrunde liegen, sollen zu einer Versachlichung der oftmals emotional geführten Debatten führen.

3. Die Teilnehmenden setzen sich mit der historischen und aktuellen Bedeutung gesellschaftlichen Protests und der Rolle der Polizei in diesem Kontext auseinander. Durch das Grundgesetz und die Rechtsprechung in der Bundesrepublik ist die Polizei einerseits zu versammlungsfreundlichem Handeln verpflichtet, gleichzeitig soll sie jedoch gezielt gegen „Störerinnen“ und „Störer“ vorgehen. Was als „Störung“ betrachtet wird, kann sehr unterschiedlich bewertet werden. Kontroverse Sichtweisen entzünden sich häufig an den bei einigen Protestereignissen proklamierten Aktionsformen des „Zivilen Ungehorsams“, der auch die bewusste gewaltfreie Überschreitung (rechtlicher) Regeln enthalten kann. Die Teilnehmenden werden die Vielfältigkeit von Protestmotiven und -formen kennenlernen und so einen differenzierten Blick auf das Demonstrationsgeschehen in Deutschland erhalten.
4. Die Module werden die Teilnehmenden aus dem Bereich der Polizei dazu anregen, das eigene Rollenverständnis im Kontext unterschiedlicher gesellschaftlicher und institutioneller Ansprüche zu reflektieren. Denn einerseits sehen sich Polizistinnen und Polizisten zu politischer „Neutralität“ verpflichtet, andererseits werden sie mit normativ aufgeladenen Erwartungshaltungen konfrontiert, die eine klare Positionierung, beispielsweise gegen Rassismus und Diskriminierung verlangen. So wird scheinbar die geforderte „Neutralität“ in Frage gestellt. Und eine neue Frage taucht auf: Sollen, dürfen und können Polizistinnen und Polizisten „politisch“ sein?



29. Juni 2017 – 01. Juli 2017

Modul 1

„Wir und die anderen – die anderen und wir“ – Zivilgesellschaft und Polizei

- Einführung in die Fortbildungsreihe und Kennenlernen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- Was ich über „die anderen“ gehört habe – Urteile und Vorurteile
- „Wir können auch anders!“ „Wir aber nicht!“ – Handlungsspielräume und Dilemmata im polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Handeln in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus

28. September 2017 – 30. September 2017

Modul 2

Gesellschaftliche Konflikte – Polizeiliche und zivilgesellschaftliche Perspektiven

- Stereotypen – Vorurteile – Diskriminierung: Wovüber sprechen wir eigentlich?
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus: Ausprägungen und Erscheinungsformen
- „Alles extrem?“ Extremismus – Radikalismus – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Warum es so schwierig ist, die passenden Begriffe zu finden
- „Was tun?“ Handlungsmöglichkeiten und Präventionsstrategien in der Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus

09. November 2017 – 11. November 2017

Modul 3

Gesellschaftlicher und politischer Protest im demokratischen System

- Eigene berufliche und persönliche Erfahrungen mit Protest
- Zur Bedeutung von Protest in Deutschland aus historischer und aktueller Perspektive
- Zwischen Lichterkette und „Schwarzem Block“ – Protestformen
- „Protest Policing“ – Polizeiliches Handeln bei Demonstrationen
- „Stell dir vor, es ist Nazidemo...“ - Ein Planspiel

07. Dezember 2017 – 09. Dezember 2017

Modul 4

Schnittstellen und Handlungsmöglichkeiten

- „Im Gespräch bleiben“: Wege zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft
- Möglichkeiten und Perspektiven der polizeilichen Aus- und Fortbildung
- Wo bekommen wir Rat und Unterstützung? Mobile Beratung und Opferberatung
- Auswertung der Fortbildungsreihe „Polizei und Zivilgesellschaft“